

Klubobmann Mag. Armin Sippel, MPA  
**Dringlicher Antrag**

An den  
Gemeinderat der  
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 12. Februar 2020

Betreff: Wirtschaftsstandort Graz schützen - dem Klimaextremismus entgegenzutreten  
**Dringlicher Antrag**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Eine unangemeldete Aktion des radikalen Klimabündnisses „System Change, not Climate Change“ bei Magna hat vergangene Woche die Wogen hochgehen lassen. Insgesamt haben laut eigenen Angaben 150 Klimaaktivisten dabei sowohl die Liebenauer Hauptstraße als auch die Einfahrtstore der Firma Magna blockiert.

Erst nach drei Stunden konnte die illegale Blockade-Aktion von der Polizei aufgelöst werden.

Magna ist einer der größten Arbeitgeber des Landes und leistet daher auch einen großen Beitrag zum Kommunalsteuer- Aufkommen der Stadt Graz.

Radikaler politischer Aktivismus, der im Namen des Klimaschutzes versucht, direkt auf die Produktionsstandorte von Unternehmen einzuwirken und damit Arbeitsplätze gefährdet, darf in dieser Stadt keinen Platz haben. Jede Störung des Betriebsablaufes kann schwerwiegende Auswirkungen haben.

Bereits am 17. Jänner 2020 blockierten Aktivisten der ebenfalls als radikal einzustufenden Gruppe „Extinction Rebellion“ die Tore bei Siemens Graz und stören seitdem regelmäßig mit „Mahnwachen“ den Betrieb.

Es darf nicht sein, dass Leitbetriebe, die sehr vielen Grazern ein sicheres und gutes Einkommen garantieren, zum Angriffsziel von politischen Extremisten werden. Der Wirtschaftsstandort Graz braucht daher mehr denn je die Unterstützung und den Schutz aller politischer Entscheidungsträger.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

**Dringlicher Antrag**  
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat  
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- Der Gemeinderat und alle darin vertretenen Parteien sprechen sich gegen jegliche Form von extremen Aktivismus aus, der dem Wirtschaftsstandort Graz Schaden zufügt und die Gefährdung von Arbeitsplätzen in Kauf nimmt.
- Solidaritätsbekundungen zu solchen Aktionen durch offizielle Amtsträger der Stadt werden abgelehnt.
- Die Stadt Graz prüft bei Bedarf gemeinsam mit den betroffenen Unternehmen rechtliche Möglichkeiten, um sich in Zukunft bei Aktionen dieser Art an den Aktivisten und deren Organisationen schadlos zu halten.